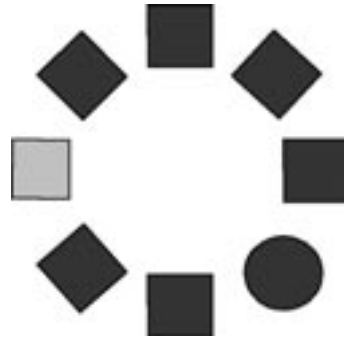


Soziale Integration junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien in E&C Gebieten



1. Migrantenintegration und Vorbehalte benachteiligter Deutscher

Gerade sogenannte Modernisierungsverlierer, Transferleistungsbezieher und generell Menschen, die nicht an gesellschaftlichen Produktionsprozessen teilnehmen, haben häufig stereotype Einschätzungen und Vorbehalte gegen Migranten. Förderprogramme (EU und arbeitsmarktlich) sind häufig auf spezielle Zielgruppen ausgerichtet, eine Tatsache, die die komplexen Integrationsprozesse nicht gerade fördert. Die Förderprogrammkompatibilität, also, wer in welches Programm passt, erfordert ein flexibles Agieren und eine Anpassung der Förderungskriterien an die realen Bedürfnisse vor Ort.

Wenn Jugendliche Vorbehalte gegen Migranten haben, ist dies unter anderen, eher lebenssituationsspezifischen Aspekten zu betrachten. Diesen Vorbehalten kann durch gezielte Intervention z.B. bei Sportveranstaltung, an denen unterschiedliche ethnische Gruppen teilnehmen, begegnet werden.

Eine veränderte Arbeitsmarktpolitik, die auch Langzeitarbeitslosen und weniger Qualifizierten die Teilnahme am Berufsleben bzw. an Ausbildungsmaßnahmen ermöglicht, ist der vielversprechendste Lösungsansatz, um Vorbehalte gegen Migranten bei benachteiligten Deutschen abzubauen. Dabei sind subventionierte Billigjobs eindeutig den herkömmlichen Instrumentarien der Arbeitsmarktpolitik vorzuziehen.

Im Bereich der Jugendarbeit sind niedrigschwellige, mobile Angebote zur kulturell vielfältigen, von diversen ethnischen Gruppen organisierten Freizeitgestaltung im Quartier unverzichtbar.

Allgemein kann das Gefühl der benachteiligten Deutschen und Jugendlichen, dass sie in ein „Ghetto“ abgeschoben werden, bzw. dass ihr Quartier durch den Zuzug von Migranten an Wohnqualität verliert, langfristig nur durch einen positiven Image-Wandel des Quartiers abgeholfen werden.

Einberufer: Klaus Hagedorn

2. Integration in Ostdeutschland

Die Situation von jugendlichen Aussiedlern in Ostdeutschland ist geprägt von der Organisation der Jugendlichen in z.T. mafia-ähnlichen Organisationen. Viele der jungen Erwachsenen leben unfreiwillig in Deutschland – sie kämpfen oft um den Erhalt ihrer gewohnten Identitäten, bzw. müssen neue Lebensentwürfe entwickeln und veränderte Identitäten aufbauen. Die einheimische Bevölkerung hat Angst vor den Fremden, die Aussiedler müssen oft als Sündenböcke für die eigenen, benachteiligten Lebensumstände herhalten.

Einige Beispiele aus der Praxis zeigen, dass lokal organisierte Selbsthilfeorganisationen und Kulturprojekte die Akzeptanz für die Spätaussiedler in der einheimischen Bevölkerung fördern können. So werden in Schwedt die neuankommenden Aussiedler von zwei Spätaussiedler/innen in Empfang genommen, die sie in den deutschen (Behörden)Alltag einführen. In Leipzig entstand ein Erzählcafe, das von Student/innen betreut wird, dort gibt es ebenfalls einen Bürgertreff mit Internetcafe. Ein Beispiel gelungener Integration ist ein Kleingartenverein, der als ein Stück „deutscher Kultur“ Aussiedler und Deutsche verbindet, ebenso die Organisation eines interkulturellen Adventsmarkts und Herstellung und Vertrieb von zweisprachigen Zeitungen.

Der Kontakt zwischen jugendlichen Aussiedlern und der einheimischen Jugend findet meist in den Schulen statt. Hier ist die Miteinbeziehung der Lehrer/innen wichtig, die über die Lage der jugendlichen Aussiedler informiert sein müssen und die Hintergründe ihrer Lebenssituation und Geschichte kennen sollten.

Kontakt findet auch vorrangig in den Sprachkursen statt, ebenso in DAZ-Klassen / Deutsch als Fremdsprache-Kursen. Die Sportsozialarbeit der Deutschen Sportjugend ist in diesem Zusammenhang positiv hervorzuheben.

Für das Quartiersmanagement stellt sich die Frage, wie eine Beteiligung der Migranten/Aussiedler im Quartier erreicht werden kann. In einem Quartier wurde dazu eine Fragebogenaktion gestartet mit dem Thema „Was denkt ihr

über uns?“, an der sich Migranten/innen und Deutsche beteiligten. In der Stadtteilzeitung eines anderen Quartiers wurden die Lebensgeschichten von Aussiedlern abgedruckt, um so über die Situation der Aussiedler/innen zu informieren.

Eine ganz praktische Aufgabe des Quartiersmanagements liegt in der Vermittlung zwischen den Sozialarbeiter/innen unterschiedlicher Clubs. Ebenso kann das QM auf kreative Fördermöglichkeiten hinweisen. So wird z.B. in Stralsund Material als Leihgabe zur Verfügung gestellt.

Dreh- und Angelpunkt des Engagements für eine erfolgreiche Integration von Migranten und Aussiedler sind die bereitstehenden finanziellen Mitteln. Die notwendige Straßensozialarbeit mit Migranten kann z.B. nur auf feste Stellen durchgeführt werden. Allgemein wurde in der AG angemahnt, dass die Umsteuerung von Finanzen/Ressourcen ämterübergreifend gebündelt werden sollte.

Einberuferin: Gabriele Cvetkovic

3. Erfahrungen mit Integrationsansätzen außerhalb von Institutionen – Zielgruppe männliche, jugendliche Aussiedler/Spätaussiedler

Das vermeintliche Problem der „männlichen, jugendlichen Aussiedler“ gibt es so nicht. Gemeint sind sozial benachteiligte Jugendliche, meist junge Männer, die im Stadtteil auffallen, weil sie sich abends oder nachts im Freien, etwa auf Spielplätzen, treffen, dort Alkohol konsumieren und zum Teil auch randalieren. Viele dieser Jugendlichen stammen aus ländlichen Regionen, wo Gewalt traditionell ein Mittel zur Konfliktlösung ist. Mit der Aussiedlung nach Deutschland haben sich die Werte um sie herum rapide verändert, die Jugendlichen sehen und spüren die Unterschiede zwischen der alten und der neuen Welt in aller Deutlichkeit, sie erleben oft einen Kulturschock. Eine Veränderung mit Auswirkungen auch auf das Verständnis von Familie und Geschlecht ist die veränderte Rollenverteilung in der Familie. Kinder, die Deutsch können, bestimmen z.T. maßgeblich die Geschicke der Familie, während die Väter an Macht verlieren.

Die Arbeit mit den Jugendlichen sollte sehr früh ansetzen, möglichst schon in den Übersiedlerheimen. Dabei ist wichtig, dass die Betreuer/innen die Sprache der Jugendlichen sprechen, sie werden sonst nicht Ernst genommen. Generell ist „Respekt“ ein wichtiger Aspekt des Verhältnisses, den Jugendlichen müssen Grenzen aufgezeigt werden, von den

Betreuer/innen wird verlangt, persönliche Stärke zu zeigen. U. a. deshalb ist es von Vorteil, wenn die Vertrauensperson der Jugendlichen aus deren Kulturkreis kommt, d.h. selbst Aussiedler oder Russland-Deutsche/r ist, dabei ist die Personenkontinuität von entscheidender Bedeutung.

In die Arbeit mit den Jugendlichen sollten auch die Eltern einbezogen werden. Erfahrungsgemäß können die Probleme, die bei den Aussiedlern auftauchen, von den Aussiedlern auch selbst gelöst werden.

Für die jugendlichen Aussiedler sind Räume sehr wichtig, die sie als Treffpunkte nutzen können. Sprachkurse sind natürlich wichtig, und vor allem Sportangebote kommen bei männlichen Jugendlichen sehr gut an.

Als Nachteil hat es sich erwiesen, viele kurzatmige Aktionen mit den Jugendlichen zu starten, die dann wieder im Sande verlaufen. Projekte müssen dauerhaft angelegt sein. Die Arbeit in solchen Projekten kann auch nicht (mehr) nur ehrenamtlich verlaufen, es müssen bezahlte Stellen eingerichtet werden.

Einberufer: Ludger Schmitz

4. Welche Angebote kann man den von den Einrichtungen der Jugendhilfe nicht erreichten Jugendlichen (marokkanischer Herkunft, Aussiedlerjugendlichen) machen?

Jugendliche marokkanischer Herkunft zeigen wenig Akzeptanz gegenüber deutschen Sozialarbeiter/innen. Sie orientieren sich stark an den Wertvorstellungen ihrer Eltern (z.B. Geschlechterverhältnis). Die Jugendlichen realisieren ihre schlechten gesellschaftlichen Chancen und grenzen sich selbst ab (Selbstethnisierung). Ihre Selbstabgrenzungsstrategien sind zum Teil sehr extrem und äußern sich in Gewaltbereitschaft, Drogenmissbrauch, religiösem Extremismus, Nationalismus etc.

Aus den Erfahrungen in Bremen wird deutlich, dass marokkanische Kinder noch gut erreicht werden können. Mit dem Eintritt in die Schulen wird die Situation für die Jugendlichen schwieriger, danach können sie weit schwerer erreicht werden. Sie kommen nicht in die Jugendeinrichtungen und nehmen an Angeboten der Bremer interkulturellen Werkstatt nur teil, wenn sie von den Eltern dazu aufgefordert werden.

Generell sind Mädchen marokkanischer Herkunft fast überhaupt nicht zu erreichen.

Trotz dieser eindeutigen Situation ist es schwierig, die tatsächlichen Gründe für die schlechte Erreichbarkeit der Gruppen zu defi-

nieren. Ausschließlich mit der Herkunft können die anderen „Orientierungen“ der Jugendlichen nicht erklärt werden. Auch die Forschung bestätigt, dass Migranten der zweiten und dritten Generation in der Pubertät vorwiegend die gleichen Konflikte haben wie einheimische Jugendliche (s. z.B. Filsinger).

Einen ersten Lösungsansatz zeigt die relativ erfolgreiche Annahme von Sprachkurse (Arabisch, Russisch, Polnisch) und Sportangeboten, ebenfalls wurden gute Erfahrungen mit Angeboten im IT-Bereich gemacht, z.B. auch Sprachkurse mit Lernsoftware.

Vor allem, um die Mädchen besser zu erreichen, sollten die Jugendeinrichtungen unbedingt die Zusammenarbeit mit den Eltern suchen und Räume für Mädchen zur Verfügung stellen. Dabei ist Bedeutung der Atmosphäre in den Einrichtungen nicht zu unterschätzen, sie sollte weder männlich dominiert noch nur die einheimische Kultur repräsentieren. Sehr wichtig ist auch Anwesenheit von Mitarbeiter/innen aus den Migrantengruppen selbst.

Einberuferin: Susanne Lang

5. Offene Jugendarbeit mit ausgesiedelten Jugendlichen

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Rahmenbedingungen der offenen Jugendarbeit mit jugendlichen Aussiedlern anhand eines Projektes in Selbstverwaltung diskutiert.

Ein Problem ist der mangelnde Zugang der Jugendlichen zu solchen Projekten. Dabei stellen sich die Fragen, unter welchen Voraussetzungen offene Jugendarbeit von jugendlichen Aussiedlern angenommen wird, und welche Angebote sie von der offenen Jugendarbeit erwarten, wo ihre spezifischen Bedürfnisse liegen.

In der Diskussion wurden viele offene Fragen aufgeworfen:

- *Zur offenen Jugendarbeit*
Haben die Prinzipien der offenen Jugendarbeit noch Gültigkeit oder müssen mehr Freiräume angeboten werden? Warum wird klassische Jugendhilfe nicht angenommen?
- *Zur Arbeit mit ausgesiedelten Jugendlichen*
Welche Rolle spielt die Herkunftssozialisation bei der Integration in die offene Jugendarbeit? Können durch den Einsatz von Fachkräften mit gleicher ethnischer Herkunft die Probleme reduziert werden? Kann Separation mit dem Ziel der Selbstfindung zur Integration beitragen?
- *Zu Veränderungen der Gesellschaft allgemein*

Inwieweit beeinflusst die Strukturlosigkeit des Alltags das Verhalten der Jugendlichen?

- *Zu den vorhandenen Fördermöglichkeiten*
Welche Perspektiven hat die Zielgruppe im Sozialraum bzw. im E & C Programm?

Anhand dieser und anderer Fragen soll auf dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen ein Konzept für einen Jugendtreff für ausgesiedelte Jugendliche erstellt werden.

Einberufer: Hans Peter Friedrichs

6. Wie ist der Zugang zu Spätaussiedlern und Migranten zu erreichen?

Diese Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Problem, wie die verschiedenen Aussiedler- und Migrantengruppen im Quartier zu erreichen sind. Dabei wurden drei Möglichkeiten diskutiert: der Zugang über Schlüsselpersonen aus den Ethnien, über die Lehrer/innen der Kinder, die eventuell die Eltern zu Hause aufsuchen können, und über ein gezieltes Ansprechen auf der Strasse oder Treffpunkten von Migranten. Festgehalten wurde, dass Integrationsarbeit nur über sprachkundige Landsleute funktioniert, die unbedingt in die Arbeit des Quartiersmanagements miteingebunden werden müssen. Meist besitzen nur sie die Kompetenz der Zweisprachigkeit und können vor allem den gleichen Erfahrungshintergrund der Migration mit in die Arbeit einbringen.

Beispiele aus Wolfsburg: In dem Projekt „Wir bauen ein Haus“ werden Erlebnisgeschichten von Spätaussiedler/inne/n aufgearbeitet, veröffentlicht und als Lehrinheit zusammen mit einem Film den Schulen zur Verfügung gestellt.

Ebenfalls wurde in der Stadt eine Fragebogenaktion unter den Spätaussiedlern durchgeführt, die mithilfe von Schlüsselpersonen organisiert worden war. Es wurde zum einen Hintergrundwissen, Vorstellungen, Wünsche und Schwierigkeiten zur Situation von Aussiedlern erfragt, zum anderen Fragen zu Beruf und Ausbildung gestellt, um ggf. Spätaussiedler in Arbeit zu vermitteln. Allerdings kann eine solche Befragung auch Erwartungen wecken, die nicht immer zu befriedigen sind.

Bei der Arbeit im Quartier mit Aussiedlern zeigt sich, dass diese nicht als Randgruppe einzustufen sind. Entscheidend für eine erfolgreiche Integration sind jedoch Sprachkurse und die Vermittlung einer Arbeit (systemische Integration). Bei manchen Aussiedler/inne/n ist es schwer Zugang zu finden, sie haben sich auf eine „Warte-Position“ zurückgezogen und zeigen kaum Selbstinitiative. Hier ist es wichtig,

das Selbstbewusstsein der Aussiedler zu heben und sie für die Teilnahme am Leben in Deutschland zu motivieren.

Bei den jugendlichen Spätaussiedlern besteht eine hohe Bildungsmotivation, wie sie bei deutschen Jugendlichen kaum zu finden ist. Daran können Fördermaßnahmen anknüpfen. In der Schule und der Freizeit ist der Alkoholenuss unter den deutschen Jugendlichen allerdings ein Problem für das Zusammenkommen mit jugendlichen Spätaussiedlern.

Die Vermittlung von Hintergrundwissen über die Kultur, die Situation und Probleme der Aussiedler bleibt eine vorrangige Aufgabe des Quartiersmanagements. Längerfristig stellt sich die Frage, was mit den Aussiedler/innen geschehen wird, die keine Arbeit bekommen. Wie steht es mit Qualifizierungsprogrammen für Spätaussiedler?

Einberuferin: Ulla Schuleri-Hartje

7. Stigmatisierung als sozialer Brennpunkt versus positive Identität eines Stadtteils

Das Problem, mit dem sich diese Arbeitsgruppe beschäftigte, wurde folgendermaßen auf den Punkt gebracht: Deutsche, egal aus welcher sozialen Schicht, wollen nicht, dass ihr Stadtteil als sozialer Brennpunkt bezeichnet wird, bzw. in Programme für soziale Brennpunkte aufgenommen wird.

Dahinter steht oft eine Abgrenzung gegenüber Migranten, die für die soziale Deklassierung des eigenen Stadtteils verantwortlich gemacht werden. Dabei sind die Probleme solcher Stadtteile oft sozialer Natur, es geht nur selten um Konflikte zwischen ethnisch unterschiedlichen Bewohnergruppen. Dennoch werden die realen sozialen Konflikte oft „ethnisiert“, bzw. die Migranten als Sündenböcke stigmatisiert. Dass Stadtteile mit hohem Migrantenanteil nicht automatisch zu sozialen Brennpunkten werden müssen, zeigen die Beispiele von Stadtteilen, die trotz und wegen ihres hohen Migrantenanteils positiv gewertet werden, wenn dort das soziale Gleichgewicht funktioniert und ein „ordentliches“ Erscheinungsbild vorherrscht.

Demgegenüber ziehen sich Migranten – meist aus dem islamischen Kulturkreis – oft auch selbst in ethnische Nischen („Ghettos“) zurück. Auch bei der zweiten Migrantengeneration führen Rassismuserfahrungen und das Gefühl, in Deutschland „keine Chance“ zu haben, ebenfalls zum Rückzug in die ethnische Nische. In der Arbeitsgruppe wurde betont, dass ein solcher Rückzug, der sich z.B. in einer ver-

stärkte Rückbesinnung auf den Islam zeigen kann, nicht von vornherein negativ zu werten ist, sondern als persönliche Entscheidung zu akzeptieren. Der Begriff des „positiven Ghettos“ wurde aufgegriffen, in dem die Migranten eigene Migrantenkulturen entwickeln und leben können. Dabei wurde die sprachliche Ausgrenzung als wichtigster Nachteil einer solchen „Ghettoisierung“ gesehen und darauf hingewiesen, dass vor allem gemeinsame Kinder- und Jugendeinrichtungen die sprachliche Integration der Migranten fördern.

Für das Quartiersmanagement stellt sich als *Hauptaufgabe* die Vermittlung der Thematik über eine positive Definition der Stadtteil-Förderung gegen das Stigma des „sozialen Brennpunkts“: Bei den Bewohner/innen des Quartiers – Deutsche und Migranten – soll das Selbstbild als sozial Benachteiligten abgebaut werden, die Förderprogramme für den Stadtteil sollen als Chance, als einmalige Gelegenheit für Engagement gesehen werden.

Dazu ist eine gemeinsame Wahrnehmung des Quartiers, seiner Stärken und Schwächen, von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit wichtig, sowohl, was die Ursachen der Probleme des Stadtteils betrifft, als auch gegen die Vorurteile über Migranten im Quartier („Trommeln gegen Klischeés“). Längerfristig hat das Quartiersmanagement die Aufgabe, Veränderungen ständig sichtbar und bewusst zu machen (z.B. durch Führungen, Ausstellungen, Konferenzen etc.)

Generell zeigt sich, dass bei der Implementierung von Förderprogrammen das *Wie* genauso wichtig ist wie das *Was*.

So ist eine soziale Durchmischung von Wohnblocks zwar generell wünschenswert, aber eine Dominanz von Mittelschichtmietern kann auch zu Konflikten führen, wenn diese z.B. keinen Spielplatz im bisher ruhigen Innenhof dulden. Aber auch in den Gruppen, die sich für das Quartier engagieren, macht es die sprachliche und kulturelle Dominanz von Mitarbeiter/innen aus der Mittelschicht schwer, andere im gleichen Maße zu beteiligen. Klassenunterschiede führen immer wieder zu Konflikten. Die Quartiersmanager/innen treten hier wie auch bei Konflikten zwischen Deutschen und Migranten als Moderatoren auf. Dabei müssen die Quartiersmanager/innen zwar um die soziale und ethnische Benachteiligung von Arbeiterschichten und Migranten wissen, eine ständige, öffentliche Thematisierung des übergeordneten Problems provoziert jedoch oft mehr Konflikte, als dass es sie löst.

In der Arbeitsgruppe wurde betont, dass ethnische Konflikte nur ein kleiner Teilaspekt der Moderatoren-Tätigkeit des Quartiersmanage-

ments ist. Es muss ständig zwischen den ganz unterschiedlichen Interessenlagen der Bewohner/innen vermittelt werden. Dabei hat es sich bewährt, sich bei Fördermaßnahmen auf Bereiche zu konzentrieren, in denen gleiche Interessen vorherrschen, wie z.B. die Beseitigung von Müll-Problemen oder gewünschte bauliche Veränderungen.

Die *Möglichkeiten* des Quartiersmanagements liegen vor allem darin, die Stärken des Quartiers aufzuzeigen und konsequent auszubauen.

Ein Beispiel für erfolgreiche Förderung sind Begrünungsprogramme für Fassaden- und Innenhöfe, die auch für die Eigentümer interessant sind. Generell gilt, dass zeitlich und räumlich überschaubare Förderungsmaßnahmen „vor der Haustür“ der Bewohner/innen am erfolgreichsten sind.

Dabei ist die Einbindung von Schlüsselfiguren (Unikaten, Berater oder Mittler aus diversen Communities) hilfreich und wichtig als „Draht“ zu den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner/innen.

Um der Stigmatisierung des Stadtteils entgegenzuwirken, haben sich Projekte im kulturellen Bereich als besonders vorteilhaft und durchführbar erwiesen. Der kulturelle Bereich scheint der „kleinste gemeinsame Nenner“ zu sein, für den sich viele Bewohner/innen zum Engagement bewegen lassen. Der Fokus von kulturellen Projekten liegt nicht auf den sozialen Problemen des Quartiers, sondern auf seiner Vielfalt und seinen Möglichkeiten.

In kulturellen Projekten, z.B. Fotoausstellungen, oder die im Beitrag Günheid/Kissling beschriebenen Licht-Projekte in Wolfsburg-Westhagen, werden die Menschen des Quartiers und deren Besonderheit vorgestellt. Durch Jugendprojekte wie Zirkus, Breakdance-Veranstaltungen etc. werden sonst schwer erreichbare Eltern angesprochen. Gemeinsame Erkundigungen der Geschichte des Stadtteils fördern eine gemeinsame, regionale Identität.

Einberuferin: Susanne Lang

8. Förderung der Herkunftskulturen – Ja oder Nein?

Ein wichtiger Aspekt der Integration von Migranten ist die Stärkung ihrer eigenen kulturellen Identität, mit der sie das kulturelle und soziale Leben in Deutschland bereichern. In diesem Zusammenhang wird z.B. gefordert, dass in Schulen zweisprachiger Unterricht in deutsch und in der Muttersprache der Migranten angeboten wird. Generell ist das Ziel solcher Anstrengungen eine Verbesserung des Bil-

des der Herkunftskulturen bei der deutschen Bevölkerung; die verschiedenen Migrantenkulturen werden als Bereicherung und Chance, und nicht als Hemmnis für die Integration aufgefasst (Akzeptanz vs. Assimilation)

Die Frage der Förderung der Herkunftskulturen von Migranten wurde sehr kontrovers diskutiert. Dabei wurden allgemein folgende Positionen vertreten:

1. Die Förderung nicht-deutscher Muttersprachen ist wünschenswert, für einen erfolgreichen Integrationsprozess ist jedoch die Förderung von Deutschkenntnissen wesentlich wichtiger.

2. Speziell bei Jugendlichen ist die Herkunftskultur oft schon so hybrid, dass eine künstliche (staatliche) Förderung kaum zur Stärkung der Identität taugt.

3. Die deutsche Bevölkerung hat oft kein Interesse an der türkischen, arabischen, polnischen und russischen Kultur der im Quartier lebenden Migranten und Aussiedler. Dieses Interesse lässt sich auch durch eine gezielte Förderung nicht künstlich schaffen.

Trotz der generell skeptischen Haltung in der Arbeitsgruppe wird empfohlen, immer lokal und für jede Migrantengruppe individuell zu prüfen, ob eine Förderung der Herkunftskultur nicht trotzdem sinnvoll ist.

Einberufer: Reinhard Fischer

9. Sprachförderung

Diese Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Möglichkeiten, die Sprachförderung für Kinder und Eltern aus Migrantenfamilien zu verbessern. Ein dringliches Anliegen ist dabei, die Eltern, bzw. die Mütter zu erreichen. Als Lösungsansätze wurde begrüßt, dass inzwischen in mehreren Städten stadtteilorientiert und vernetzt mit Trägern der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung zusammengearbeitet wird. Es werden zudem Unterrichtsformen und Methoden angeboten, die auf die Bedürfnisse der Migranten zugeschnitten sind, z.B. Eltern-Kindgruppen, Müttercafés, Nachmittagsbetreuung in Schulen mit integrierter Elternarbeit. Im Unterricht wird schwerpunktmäßig auf die Vermittlung von im Alltag verwendbaren Sprach- und Kommunikationsinhalten (z.B. beim Umgang mit Behörden) geachtet. Ein Ziel ist es, die Teilnehmer/innen – insbesondere Frauen, die sich aus religiösen Gründen nur im privaten Raum aufhalten – zu einer kontinuierlichen Teilnahme an den Sprachkursen zu bewegen.

Generell zeigt sich, dass bei der Sprachförderung in Kitas und Schule nicht auf eine/n mut-

tersprachliche/n Betreuer/in und bilingualen Unterricht verzichtet werden kann. Pädagogen sollten – z.B. in Fortbildungen über „Soziale Stadt“ – dementsprechend weitergebildet werden. Ebenso ist eine Angebotsweiterung nötig, da die Volkshochschulen keine ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung stellen können und selten in den Stadtteilen direkt vor Ort sind. Dem können Sprachwerkstätten im Stadtteil abhelfen, generell eine Vernetzung der verschiedenen Angeboten zur Sprachförderung im Quartier. Alle diese Angebote sind durch eine dauerhafte Finanzierung sicherzustellen.

Organisatorische Hemmnisse bei der Einrichtung und Durchführung von Sprachkursen bei den Volkshochschulen und anderen Erwachsenenbildungsträgern sind ein weiteres Problem der Sprachförderung. Hier sind flexible Regelungen bei den Gebühren, den Teilnehmerzahlen und im Anmeldeverfahren nötig.

In der Arbeitsgruppe wurde besonders die Frage des Pflicht- oder Zwangsbesuchs der Sprachförderung diskutiert. Daran an schließt sich die Frage, ob Kinder aus Migrantenfamilien zum Kita-/Kindergartenbesuch verpflichtet werden sollen (können). Häufig ergibt sich der Kitabesuch der Kleinkinder von selbst, wenn die Eltern Sprachkurse oder schul- und berufsbegleitende Kurse mit paralleler Kinderbetreuung besuchen.

Vor allem, was Frauen aus islamischen Familien betrifft, wird die staatlich geforderte Sprachförderung kontrovers entweder als kulturell/religiös-assimilierendes Zwangsinstrument oder als Freiraum und Chance für ausländische Frauen diskutiert. Ein verpflichtender Besuch an Sprachkursen kann die Integrationschancen und beruflichen Möglichkeiten der Teilnehmerinnen sehr verbessern. Bisherige, praktische Erfahrungen aus der Stadtteilarbeit zeigen, dass ohne sprachliche Kompetenz islamische Frauen oft von ihren Familien an einer weitergehenden gesellschaftlichen Teilnahme gehindert und auf die traditionelle Frauenrolle eingeschränkt werden. In einer solchen Situation erhalten auch die Kinder keine optimale Sprachförderung, was sich in dem Phänomen der neuen Halbsprachlichkeit äußert, wo die Kinder weder Deutsch noch ihre Heimatsprache beherrschen.

Ein Lösungsansatz kann in der Information der Familien über die Bedeutung der Bildungschancen für ihre Frauen und Kinder, dabei besonders für die Töchter, liegen. Insgesamt erweist sich dieses Vorgehen jedoch als schwierig, hier sind nur begrenzte Erfolge zu erwarten.

Einberufer/in: Michaela Glaser, Michael Mentz

10. Spezielle Anforderungen an Wohnen und Wohnumfeld

In dieser Arbeitsgruppe ging es um Probleme und Lösungsansätze, die speziell mit dem Wohnen und Wohnumfeld im Quartier zu tun haben.

Die Runde stellte allgemein fest, dass seitens der deutschen Bewohner/innen eine latente Ausländerfeindlichkeit zu beobachten ist, die sich auch und besonders im unterschiedlichen Wohnverhalten ausdrückt. Die Deutschen beschwerten sich, dass ausländische Jugendliche die Spielplätze belegten und erwachsene Migranten oft durch Picknick im Freien, Wäsche vor den Fenstern u.ä. das Stadtbild negativ dominierten. Die Migranten, auch die aus westlichen Kulturen, wundern sich dagegen über deutsche Sitten wie die z.B. individuelle Hausflurreinigung. Ebenfalls ist in vielen anderen Kulturen die Nutzung der ans Wohnhaus angrenzenden Fläche als Mietergärten, 'Grabeland' und für die Freizeit üblich. Festgehalten wurde, dass für eine bessere Kommunikation die Kenntnis der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung ist.

Strukturelle Probleme treten dort auf, wo ehemalige Sanierungsgebiete zu Nachbesserungsgebieten werden, weil z.B. die Gestaltung des Umfeldes wie Fußwegeverbindung nicht am Bedarf des Quartiers orientiert war. Grundsätzlich führen die eher billigen Mieten in „sozialen Brennpunkten“ zu einem hohen Belegungsanteil der Wohnungen mit Sozialhilfempfangern und Migranten. Dabei werden oft zu kleine Wohnungen angemietet, die dann überbelegt sind (ausländische Mieter/innen leben im Durchschnitt auf 17 qm/Pers.; deutsche Mieter/innen auf 42 qm/Pers.), was Konflikte mit dem deutschen Wohnverhalten mit sich bringt. Allerdings können sich sozial benachteiligte Migranten größere Wohnungen wegen der hohen Mieten nicht leisten.

Bei der Partizipation von Jugendlichen wurden die nach Geschlecht unterschiedlichen Bedürfnisse herausgestrichen: Mädchen wünschen sich 'ein Zimmer für sich allein', Jungen einen Treffpunkt z.B. mit Billard und Sport- und Bodybuildingangeboten. Insgesamt fehlen Sport- und Freizeitangebote (z.B. Mädchenbolzplatz zum Volleyballspiel u.ä.) sowie Treffpunkte für Mädchen.

Ein Lösungsansatz für die aufgeführten Probleme bietet ein Belegungsmanagement bei der Vermietung der Wohnung. Darin müssen die Bewohner/innen mit einbezogen werden. Dasselbe gilt bei der Wohn- und Wohnumfeldgestaltung. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich bei freier Entscheidung der Mieter/innen homogene Bewohnergruppen bilden,

wobei die Kategorien Einkommen, Bildung und Ethnie unterschiedlich Berücksichtigung finden.

Mieterkonflikte können durch Maßnahmen wie die Einstellung eines/r Hausmeister/in/s oder Sozialarbeiter/innen, den Bau von geeigneten Wäscheplätzen und Wasseranschlüssen im Hof, den Einbau von Dunstabzugshauben zur Geruchsminderung u.v.a. reduziert werden.

Im Wohnumfeldbereich sollten hausnahe Spielflächen für Kleinkinder, Grillplätze und Mietergärten angeboten werden, wobei zu überlegen ist, ob die Nutzungsordnung im Rahmen eines Modells variabel gehalten werden können (z.B. Projekt Internationale Gärten, Göttingen).

Jugendlichen sollten Sport- und Freizeitangebote gemacht werden (z.B. „Sport ohne Verein“, „Sportpiraten“, Spielmobil).

Beim Umgang mit der Förderung ausländischer Einrichtungen (z.B. Jugendarbeit in den Moscheen) sollten generell Konzepte mit den üblichen Voraussetzungen vorliegen evtl. auch mit dem Hinweis auf die Bindung an die demokratische Grundordnung.

Wiederholt wurde darauf hingewiesen, dass zur besseren Verständigung im Stadtteil die Förderung des Spracherwerbs und der offene Dialog zwischen den Bewohner/innen die wichtigsten Voraussetzungen sind.

Generell wurde angeregt, die Probleme und die in der Arbeitsgruppe entwickelten Vorschläge in die Stadtteilinstitutionen, WoBau-Gesellschaften, Hauseigentümer, AG Soziale Stadt, Stadtsanierung, deutsch-ausländische Arbeitskreise, u.a. in den Arbeitskreis „Integration von Migranten und Migrantinnen in die Wohn- und Wohnumfeldgestaltung“ (Innenministerium/Städtebauförderung des Landes Schleswig-Holstein), und in die Universitäten und Hochschulen (Fachbereiche Architektur, Stadtplanung, Gesundheit/Erziehung, Ökologie) einzubringen.

Einberuferin: Helene L. Luig-Arlt

11. Definition von Sozialräumen

Sozialraum wird von den Städteplaner/innen als „Planungsgröße“ definiert, im Quartier wird der Sozialraum dagegen als nicht planbarer Lebensraum erfahren.

Sozialraum ist also gleichzeitig Lebensraum und Aneignungsraum. Die Bewohner/innen einer Stadt haben viele unterschiedliche Sozialräume, die durch ihr Handeln konstituiert werden. In der Arbeit der Quartiersmanager/innen sind Sozialräume aber administrative Planungsräume (Stadtplanung, statistische Räume), die oft nicht den sozial definierten So-

zialräumen entsprechen.

Eine Aufgabe des Quartiersmanagement ist deshalb die Vermittlung von sozial definierten Sozialräumen gegenüber den administrativen Planer/innen. Wichtig ist dabei die Verständigung auf eine Planungsgröße zwischen Jugendamt, Schulamt, Gesundheitsamt, Sozialamt und Stadtplanungsamt, „damit man weiß, wovon man spricht“. Als Planungsgröße kann z.B. ein Grundschuleinzugsbereich als kleinste gemeinsame Größe dienen.

Einberuferin: Kirstin Fussen

12. „Lernbörse“ für Jugendliche ab

So genannte „Lernbörsen“ sollen das Selbstwertgefühl von Jugendlichen stärken und Verantwortlichkeiten für die eigene Ausbildung und Berufswahl festlegen. Die Lernbörsen bieten Möglichkeiten, Schulabschlüsse nachzuholen und Bildungsrückstände auch bei deutschen Jugendlichen gezielt aufzuarbeiten.

Darüber hinaus kann eine Lernbörse ein Ort sein, wo sich Alt und Jung treffen, an dem kreative Angebote für die Freizeitgestaltung gemacht werden, an dem Jugendliche aus dem Quartier gemeinsam „lernen“.

Interessant und reizvoll für die Jugendlichen ist dabei, dass die Orte, an denen die Lernbörsen stattfinden, frei gewählt werden können, das Angebot also sehr niedrigschwellig ist. In Eigeninitiative wurden solche Plätze hergerichtet, und es sind z.B. Internet- und Jugendcafes, Nähwerkstätten und Fahrradwerkstätten entstanden.

Lernbörsen sind dann am erfolgreichsten, wenn sie mit anderen Institutionen vernetzt arbeiten und ggf. zusammen mit interessierten Jugendlichen weiterführende Bildungsmöglichkeiten organisiert werden können

Ideen für Verbreiterung der Angebote von Lernbörsen sind z.B. Hausaufgabenhilfe, mit Einsatz von neuen Medien. Um die Lernbörse besser im Quartier zu verankern, bieten sich z.B. Patenschaften zwischen verschiedenen Altersgruppen an. Ebenfalls können Akteure aus den Stadtteilen an Elternabenden der Jugendlichen teilnehmen.

Einberuferin: Edeltraud Klubuhn

13. Stellung der Quartiersmanager/-innen (QM)

In der Arbeitsgruppe wurden zuerst die vielen möglichen und sehr unterschiedlichen Realitäten der Quartiersmanager/innen in Deutsch-

land benannt. So kann Quartiersmanagement bedeuten:

- Multifunktionsär mit „Nebenaufgabe QM“
- interkultureller QM (Schwerpunkt: interkulturelle Arbeit),
- Quartiersmanagement im Team – verschiedene Akteure (Balanceakt),
- selbständige QM mit Vertrag vom Stadtplanungsamt (Kompetenz: nicht investiver Bereich),
- angestellte QM bei beauftragter Stadtentwicklungsgesellschaft,
- Selbständige mit definierten/flexiblen Handlungsfeldern und städtischem Pendant
- ABM als Hilfsexekutive von Verwaltung, multiprofessionelles, unabhängiges Team (städtische Gesellschaft).

Wegen der Unterschiedlichkeit der örtlichen Gegebenheiten kann es kein ideales Modell für das QM geben, das für alle gleich gültig ist. Am praktikabelsten erwies sich ein selbständiges Quartiersmanagement, das z.B. bei einem Sanierungsträger angegliedert, mit eindeutigen Aufgaben und einem klaren Kompetenzprofil ausgestattet ist. Dem QM werden vertraglich vereinbarte Zielvorgaben gemacht und es wird aktiv und schon im Vorfeld z.B. an geplanten Bauvorhaben beteiligt. Einzelkämpfertum hat sich in jedem Fall als schädlich für Projekt und Quartier erwiesen. Zu den Rahmenbedingungen gehören, dass die verschiedenen Kompetenzen aller Beteiligten vertraglich geklärt sind, ein Treuhandvertrag abgeschlossen wird und ein Bürgerbeirat als Background im Stadtteil dem QM zur Seite steht.

Dringend empfiehlt die Arbeitsgruppe die Erstellung eines Anforderungsprofils für Quartiersmanager/innen.

Einberuferin: K. Fussen

14. Strategien zur Beteiligung von Bewohner/innen bei Projektentwicklung und -begleitung, Förderung von Eigeninitiativen, Motivation und Engagement

In dieser Arbeitsgruppe wurden die Erfahrungen mit verschiedenen Bürgerbeteiligungs- und Motivationsverfahren diskutiert und gesammelt. Allgemein gab es wenig oder schlechte Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsverfahren. Probleme gab es bei der Erreichbarkeit der Bewohner/innen allgemein, ebenso dabei, verschiedene Gruppen zusammenzubringen. Es zeigte sich, dass der Umgang mit Problemen sehr unterschiedlich ist, und tendenziell die eigenen Interessen den Bewohner/innen viel näher stehen als die Interessen

des Gemeinwesens, die von ihnen oft schlecht nachzuvollziehen sind.

Ein weiteres Problem ist der Rückgang der Zahl der Ehrenamtlichen in den Quartieren wegen Überlastung („burn-out“ Syndrom) bzw., weil kein „Nachwuchs“ folgt.

Ebenso blieb die Resonanz bei Migrant/-inn/en gering, obwohl mehrsprachig über die Beteiligungsverfahren informiert wurde. Dabei ist offensichtlich der fehlende Erfolg von Partizipationsverfahren kein ethnisches, sondern ein soziales Problem.

Welche Projekte eignen sich zur Partizipation?

Das Interesse und die Mitarbeit der Bewohner/innen kann nur bei lebensnahen Problemen und Projekten erreicht werden, die sie konkret und direkt betreffen. Deshalb sollten sich Projekte mit Bürgerbeteiligung aus Bedürfnissen und Anregungen von im Quartier entstandenen Kleingruppen entwickeln. Dazu ist eine gezielte Förderung und Zusammenarbeit des Quartiersmanagements mit Bewohnerinitiativen und schon existierenden Bürgerprojekten sinnvoll.

Projekte mit Bürgerbeteiligung müssen entweder kurzfristig angelegt werden, damit Veränderungen im direkten Umfeld der Bewohner/innen schnell sichtbar werden, um zu Aktivitäten anzuregen. Partizipationsangebote müssen niedrigschwellig sein. Bei längerfristigen Projekten ist es ratsam, kleine sichtbare Schritte festzulegen, die jeweils den Bewohner/innen deutlich machen, was erreicht wurde und Erfolge aufzeigt.

„Stil“- Umgang – Atmosphäre

Bei Projekten mit Bürgerpartizipation ist das *Wie* fast so wichtig wie das *Was*. „Klinken putzen“ wird von den Bewohner/innen geschätzt, da sie persönlich angesprochen werden. Die Leute müssen „dort abgeholt, wo sie sind“, d.h. über Themen und Probleme, die sie konkret betreffen, für das Partizipationsverfahren interessiert werden. Dabei ist es wichtig, ein „offenes Ohr“ auch für die persönliche Situation der einzelnen Menschen zu haben. Die Mitarbeiter/innen des Projekts müssen sich um bewohnernahe Sprache bemühen, um überhaupt angenommen zu werden.

Nicht zu unterschätzen ist die Atmosphäre, die auf Besprechungen, Sitzungen, Workshops herrscht. Die Bewohner/innen sollen das Gefühl haben, sie sind willkommen, ihre Erfahrungen und Meinungen werden geschätzt und in das Verfahren mit einbezogen. Dazu gehört auch, dass Formen der Beteiligung, die die Bewohner/innen in Frage stellen, verändert und bedarfsorientiert abgeändert werden.

Zugang zu den verschiedenen Gruppen im

Quartier

Die Ansprache von bestimmten Zielgruppen erfolgt am besten an ihren Treffpunkten (Vereinshäusern, Jugendclubs etc.) und über Multiplikatoren. Zur Ansprache von Migrant/innen sind grundsätzlich bilinguale Mitarbeiter/innen und mehrsprachiges Informationsmaterial notwendig. Moscheen und Migrantenvereine sollen einbezogen werden, Migrant/innen selbst als Multiplikatoren eingesetzt werden.

Eltern können gut über ihre Kinder erreicht werden.

Mund-zu-Mund-Propaganda kann ein Zeichen dafür sein, dass ein Partizipationsprojekt bei den Bewohner/inne/n Anklang findet.

Aufgabe des Quartiersmanagements

Bei Beteiligungsprojekten dient das Stadtteilbüro besser als Sprachrohr der Anwohner, nicht als striktes Quartiers„management“. Es kann ein zentraler Ort für das Projekt sein, von dort aus können Arbeitskreise initiiert werden, Initiativen und Projekte gefördert werden. Das Stadtteilbüro hat oft auch die Rolle des Vermittlers bei Auseinandersetzung mit Konflikten.

Hauptziel des Quartiersmanagements ist die Identitätsförderung des Quartiers selbst, das sich über Nachbarschaft und gemeinsame Geschichte und Interessen, nicht über ethnische und soziale Unterschiede definiert. So kann z.B. Positives aus dem Quartier von den Bewohner/inne/n über Fotos dokumentiert werden.

Das langfristige Ziel des Quartiersmanagements ist dabei immer die eigene Auflösung, es soll sich überflüssig machen durch den Aufbau von eigenen Strukturen durch die Bewohner/innen.

Einberuferinnen: Barbara Kinne, Sibel Orlay-Ünal